

Niederschrift

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung am Mittwoch, dem 08.09.2010 im großen Sitzungssaal, Kreishaus I, in Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:57 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Bontrup, Martin
Holz, Anton
Klaus, Markus
Kummann, Norbert
Löcken, Claus *Vertretung für Herrn Ralf Danielczyk*
Schulze Entrup, Antonius
Schulze Esking, Werner
Schulze Havixbeck, Hubert
Wenning, Thomas Dr. *Ausschussvorsitzender*

SPD-Kreistagsfraktion

Bockemühl, Thomas *Vertretung für Frau Petra Schröer*
Lonz, Lambert *Vertretung für Herrn Willi Knuhr*
Rampe, Carsten
Schmitz, Paul

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dammann, Richard (S.B.) *Vertretung für Frau Charlotte Ahrend-Prinz*
Kraneburg, Wilhelm Dr.

FDP-Kreistagsfraktion

Wohlgemuth, Christian, S.B.

UWG Kreistagsfraktion

Habersaat, Kai Dr. , S.B.

Verwaltung

Altepost, Bernd Dr. *bis TOP 4*
Böwing, Willi
Foppe, Johannes-Gerhard Dr.
Himmler, Thorsten
Scheipers, Ansgar Dr.
Terlisten, Detlev *Schrifführer*
Voss Werland, Brigitte *bis TOP 4*

Der Ausschussvorsitzende Dr. Thomas Wenning eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Mitgliedschaft des Kreises Coesfeld im Verein "Naturpark Hohe Mark e.V."
Vorlage: SV-8-0231
- 2 Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: SV-8-0245
- 3 Bioabfallverwertung ab 2014
Vorlage: SV-8-0235
- 4 Klimaschutzbericht - Eine Bestandsaufnahme
Vorlage: SV-8-0241
- 5 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates im öffentlichen wie im nichtöffentlichen Teil der Sitzung sowie Anfragen der Ausschussmitglieder im nichtöffentlichen Teil der Sitzung lagen nicht vor.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 3. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 08.09.2010
TOP 1 öffentlicher Teil
SV-8-0231

Mitgliedschaft des Kreises Coesfeld im Verein "Naturpark Hohe Mark e.V."

FBL Dr. Scheipers gibt einleitend kurz den aktuellen Sachstand zum Naturpark „Hohe Mark“ wieder, wie er auch der versandten Sitzungsvorlage entnommen werden kann.

S.B. Wohlgemuth regt anschließend an, die Arbeit des Naturparks „Hohe Mark“ einmal vor Ort zu besichtigen, da sie ihm und wohl auch anderen Mitgliedern des Ausschusses so im Detail nicht bekannt sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Wenning begrüßt dieses und schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter des „Naturparks Hohe Mark e.V.“ einzuladen, der die Arbeit des Vereins näher vorstellen könne. Bei dem finanziellen Beitrag des Kreises Coesfeld handele es sich mit 2000 € zwar um einen vergleichsweise niedrigen Betrag, trotzdem aber um eine freiwillige Leistung.

Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung:

Der Ausschuss für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Kreis-ausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreis Coesfeld stimmt der Satzungsänderung des Vereins „*Naturpark Hohe Mark e.V.*“ vom 14.07.2010 zu und behält seine Mitgliedschaft im Verein „*Naturpark Hohe Mark – Westmünsterland e.V.*“ bei.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 3. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 08.09.2010
TOP 2 öffentlicher Teil
SV-8-0245

Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene im Haushaltsjahr 2010

Ref. Böwing stellt fest, dass das Betriebsergebnis 2009 und die bisherige Entwicklung der Gebühreneinnahmen 2010 dem Kreis Coesfeld fast keine andere Handlungsmöglichkeit mehr eröffnen, als die Gebühren so anzuheben, wie es seitens der Verwaltung vorgeschlagen wurde. Ansonsten müsse in 2010 mit einer Unterdeckung in einer Größenordnung von rd. 50.000 € gerechnet werden, die durch den allgemeinen Haushalt und damit letztlich über die Kreisumlage gedeckt werden müssten.

Die Verwaltung habe die Firma Westfleisch als Betroffene von der geplanten Gebührenerhöhung informiert, diese habe dazu nicht Stellung genommen.

Nachfolgend erkundigt sich Ktabg. Schulze Esking nach aktuellen Entwicklungen im Bereich der Fleischbeschau vor dem Hintergrund der beabsichtigten Einführung risikoorientierter Fleischuntersuchungen. MA Dr. Altepost erklärt, es läge ein Antrag der Firma Westfleisch vor, am Standort Coesfeld das Verfahren der risikoorientierten Fleischuntersuchung einzuführen. Dabei würden die geschlachteten Tiere, soweit keine Anzeichen dafür vorlägen, dass sie für den Verzehr nicht geeignet seien, nur noch visuell überprüft. Derzeit befände man sich noch in der notwendigen Beteiligung zuständiger Behörden und Ministerien bis hin zum Bund. Es seien noch eine Vielzahl notwendiger organisatorischer Änderungen in der Ablauforganisation der Fleischbeschau notwendig, sodass letztlich noch nicht abzusehen sei, ob und wann dieses geänderte Verfahren in der Praxis eingeführt würde.

S.B. Dr. Habersaat erkundigt sich nach den Hintergründen des Anstiegs bei den Kosten der BSE-Untersuchungen. REF. Böwing sagt ihm eine Antwort im Rahmen des Protokolls zu.

Antwort der Verwaltung:

Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung:

Der Ausschuss für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Kreis-ausschuss, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Die im Entwurf als Anlage beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Satzung des Kreises

Coesfeld über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 3. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 08.09.2010
TOP 3 öffentlicher Teil
SV-8-0235

Bioabfallverwertung ab 2014

MA Voss Werland teilt einleitend mit, der geltende Vertrag zur Bioabfallentsorgung mit der Firma Remondis könne Ende 2013 gekündigt werden. Die Wirtschaftsbetriebe Kreis Coesfeld GmbH (WBC) befänden sich daher derzeit in der Planungsphase für die Zeit ab 2014. Nach bisherigem Stand der Überlegungen wäre die Vergärung der Bioabfälle das bevorzugte zukünftige Entsorgungsmodell, wie es auch in den entsprechenden Entscheidungsgremien der WBC, aber auch hier im Ausschuss, bereits thematisiert worden sei. Die WBC habe daher eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Favorisiert würde dabei eine Einspeisung des erzeugten Gases ins Netz.

Soweit durch die zuständigen Gremien der Grundsatzbeschluss zum Einstieg in die Vergärung des Biomülls gefasst würde, stiege die WBC in die Detailplanungen ein.

Ktabg. Schulze Esking befürwortet für die CDU Fraktion nicht zu letzt unter Klimaschutzgedanken den Einstieg in die Biomüllvergärung. Dabei solle aber ein Verfahren gewählt werden, bei dem möglichst wenige flüssige Vergärungsreste anfallen, da bereits jetzt schon in der Landwirtschaft eine große Menge an Gülle, etc. anfallt, die auf die Felder verbracht werden müsse

Ktabg. Löcken regt an, die WBC möge versuchen, mit den Nachbarkreisen in Kooperation einzutreten, um darüber u.U. günstigere Konditionen erzielen zu können. MA Voss Werland erwidert, in den Nachbarkreise gäbe es bereits schon eigene Entsorgungskonzepte, so dass sie die Chancen auf Kooperationen eher gering einschätzt. Die WBC werde aber den Markt beobachten und stehe auch im Kontakt mit den Nachbarkreisen.

Ktabg. Kraneburg für die Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN; s.B. Dr. Habersaat für die UWG wie auch Ktabg. Rampe für die SPD befürworten ebenfalls den Einstieg in die Vergärung der Bioabfälle.

S.B. Wohlgemuth spreicht sich ebenfalls grundsätzlich für die Vergärung des Biomülls aus, erkundigt sich aber danach, wie in diesem Fall mit den entstehenden Geruchsemissionen umgegangen werde.

AL Dr. Foppe erwidert, dieses würde im Rahmen des durchzuführenden Genehmigungsverfahrens nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigt, gegebenenfalls müsste der Einsatz von Biofilters zur Minimierung von Gerüchen geprüft werden. Problematisch wäre aber nur der Anlieferungsbereich, da die eigentliche Vergärung in einem gekapselten Bereich geschehe, so dass hier nicht mit Geruchsbelästigungen zu rechnen sei.

Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung:

Der Ausschuss für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Kreis-ausschuss, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Der Bericht zum beabsichtigten Vorgehen der WBC bei der Behandlung von Bioabfällen wird zur Kenntnis genommen.

Der Zielsetzung einer Bioabfallvergärung mit anschließender Kompostierung und Biogasaufbereitung ab spätestens 2014 wird zugestimmt. Dabei wird von einer Kostenreduktion gegenüber der bisherigen Verfahrensweise ausgegangen.

Die energetische Nutzung der Biomasse als wesentlicher Beitrag des Kreises Coesfeld zum Klimaschutz wird begrüßt.

Sobald nähere Einzelheiten zum Standort und zum Betriebsmodell konkretisiert sind, ist erneut zu berichten.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	17 Ja-Stimmen

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 3. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 08.09.2010
TOP 4 öffentlicher Teil
SV-8-0241

Klimaschutzbericht - Eine Bestandsaufnahme

MA Himmler stellt einleitend anhand der beigegeführten Folien den Klimaschutzbericht des Kreises Coesfeld vor. Er erläutert kurz die angewandte Methodik bei der Erstellung des Berichtes und stellt nachfolgend anhand einiger ausgewählter Diagramme des Berichtes dessen Inhalte vor.

Ausschussvorsitzender Dr. Wenning spricht MA Himmler ein Lob für den von ihm erstellten Klimaschutzbericht aus.

Er bedauert das geringe Interesse der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, im Rahmen von Klimaschutzprojekten mit dem Kreis Coesfeld zu kooperieren. Sein Wunsch sei es, in ein kreisweites Klimaschutznetzwerk gemeinsam mit den Städten und Gemeinden einzutreten. Zunächst sei aber ein Gesprächstermin gemeinsam mit den Klimaschutzbeauftragten der Städte und Gemeinden anberaunt.

Ktabg. Dr. Kraneburg lobt ebenfalls die Verwaltung für die Erstellung dieses Berichtes. Er fordert, dieser Bericht müsse nun aber auch fortgeschrieben werden und dürfe keine Momentaufnahme bleiben. Auch müsse der Kreis seine Anstrengungen im Bereich Klimaschutz weiter intensivieren, damit die klimarelevanten Ziele auch erreicht würden.

Ktabg. Schulze Esking erwidert, der Kreis habe u.a. Dank des Konjunkturprogramms bereits den Großteil der Ziele, die er sich gesetzt habe, erreicht. Insofern befände sich der Kreis Coesfeld im Bereich des Klimaschutzes auf einem guten Weg.

Diesem widerspricht Ktabg. Dr. Kranburg, der bemängelt, der Kreis hätte sich größere Ziele setzen müssen. Das bisher erreichte sei noch nicht als positiv einzuschätzen, es gäbe noch deutlich mehr zu tun.

Darüber hinaus fordert er, der Aspekt des Klimaschutzes solle nicht auf drei verschiedene Ausschüsse und Arbeitsgruppen aufgeteilt werden, sondern vielmehr einem Ausschuss als eigene, dann umfassende Zuständigkeit zugeschlagen werden. Dieses solle der bisherige Ausschuss für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung sein.

Ausschussvorsitzender Dr. Wenning sieht diese Notwendigkeit der Einrichtung eines Ausschusses für Klimaschutz nicht, vielmehr solle das Thema in den bestehenden, derzeit zuständigen Ausschüssen auch weiterhin beraten werden.

Ktabg. Dr. Kraneburg kritisiert daraufhin, dass den Parteien das seitens der Firma Gertec erarbeitete Klimaschutzkonzept Kreis Coesfeld bezogen auf die kreiseigenen Liegenschaften nicht zur Verfügung gestellt worden sei. S.B. Dammann bittet die Verwaltung, sie möge doch zumindest den Fraktionen je eine Ausfertigung des Konzeptes zur Verfügung stellen.

AL Dr. Foppe bittet in der nachfolgenden Diskussion, entsprechende Anfragen an den zuständigen Ausschuss für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr zu stellen.

Ktabg. Lonz kündigt daraufhin an, in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr für die SPD einen entsprechenden Antrag stellen zu wollen. Er sieht aber wie auch Ktabg. Rampe hier die klare Zuständigkeit des Ausschuss für Straßen- und Hochbau, Vermessung und öffentlichen Personennahverkehr. Ktabg. Rampe sieht darüber hinaus die Weiterleitung klimaschutzrelevanter Informationen über die AG Klimaschutz an die Parteien für gewährleistet.

Ktabg. Dr. Kraneburg kündigt abschließend an, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN überlege, die Auflösung der AG Klimaschutz zu beantragen, da die Beratung klimaschutzrelevanter Themen in der AG dazu führen, dass diese unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten würde, was der Thematik im Hinblick auf deren Bedeutung nicht gerecht würde.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 3. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 08.09.2010
TOP 6 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Sitzung des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde

Ktabg. Dr. Kraneburg bittet um Mitteilung, wann die nächste Sitzung des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde terminiert sei.

AL Dr. Foppe erwidert, diese sei für den 17.11.2010 geplant.

Errichtung und Betrieb einer Deponie Klasse I in Dülmen Rödder

Ktabg. Dr. Kraneburg erkundigt sich danach, ob der Kreis Coesfeld finanzielle Vorteile durch die beantragte Deponie erwarten könne.

AL Dr. Foppe erwidert, dieses sei nicht der Fall. Allenfalls könnten sich für die Belegenheitsgemeinde, hier die Stadt Dülmen, Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer ergeben.

Nachfolgend erkundigt sich Ktabg. Dr. Kraneburg danach, ob es zulässig war, quasi als vorbereitende Maßnahme im geplanten Deponiebereich eine Sohleverfüllung durchzuführen, obwohl die Anlage noch gar nicht genehmigt ist. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass dort früher eine Biotopfläche geplant war.

FBL Dr. Scheipers erwidert, hierzu habe es vorab einen entsprechenden Antrag des Vorhabenträgers gegeben, der positiv beschieden wurde. Die Genehmigung sei aber mit der Auflage verbunden worden, dass eine neue Rekultivierungsplanung vorzulegen sei, soweit die Planung zur Errichtung einer Deponie der Klasse I letztlich nicht zur Ausführung gelangen sollte.

S.B. Dr. Habersaat erkundigt sich danach, ob dem Kreis etwas darüber bekannt sei, dass der Bereich der geplanten Deponie mit Altlasten belastet sei. Dieses verneinte AL Dr. Foppe.

Daraufhin fragt s.B. Dr. Habersaat an, ob es Änderungen in dem seitens des Antragsstellers beantragten Abfallkatalog und den darin enthaltenen als „gefährlich“ eingestuften Abfallarten gäbe. Dieses verneinte Al. Dr. Foppe ebenfalls.

Abschließend erkundigt sich s.B. Dr. Habersaat nach möglichen Planungen hinsichtlich der weiteren alten Tongruben in Rödder. Gibt es dort ebenfalls Planungen vergleichbar dem eingereichten Antrag?

FBL Dr. Scheipers erwidert, der Kreis sei hier nicht Planungsträger, sondern prüfe nur den bisher eingereichten Antrag. Es lägen keine Erkenntnisse über weitere, den bisherigen An-

tragsumfang übersteigende Planungen vor.

Ktabg. Schulze Entrup fragt an, ob die Kreisverwaltung es zur Kenntnis genommen habe, dass die Politik in Dülmen der beantragten Deponie Klasse I eher negativ gegenüber steht. FBL Dr. Scheipers erwidert, die Prüfung des Antrages erfolge nach Recht und Gesetz, „politische“ Argumente hätten dabei keinen Platz.

Ktabg. Bontrup erkundigt sich danach, ob die Stellungnahme von Gelsenwasser und dem Lippeverband bereits eingegangen sei und ob etwas zu deren Inhalten gesagt werden könne. FBL Dr. Scheipers teilt hier zu, die Stellungnahmen seien inzwischen eingegangen, müssten aber im Rahmen der Verwaltung zunächst abgearbeitet werden.

Abschließend erkundigt sich Ktabg. Rampe nach dem aktuellen Bearbeitungsstand hinsichtlich der geplanten Deponie.

AL Dr. Foppe erwidert, zurzeit würden die eingegangenen Stellungnahmen abgearbeitet, er schätzt es dabei eher als kritisch an, dass der geplante Erörterungstermin Ende September bereits stattfinden wird.

Besetzung des Aufsichtsrates der GMVA Oberhausen

Ktabg. Dr. Kraneburg bittet um Auskunft, ob AL Dr. Foppe als Vertreter des Kreises Coesfeld oder der Firma Remondis in den Aufsichtsrat der GMVA Oberhausen entsandt ist.

AL Dr. Foppe erwidert, nur die Gesellschafter wie die Firma Remondis können Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsrat der GMVA Oberhausen entsenden, der Kreis Coesfeld sei aber kein Gesellschafter, so dass ihm diese Möglichkeit nicht zustehe. Allerdings habe die Firma Remondis den Kreisen, die Ihren Abfall u.a. über diese Einrichtung behandeln lassen, angeboten, ihnen jeweils einen der Firma Remondis zustehenden Aufsichtsratsposten zur Verfügung zu stellen. Davon habe der Kreis Coesfeld Gebrauch gemacht und entschieden, AL Dr. Foppe zu entsenden.